

08.06.2010

**Statement Ingrid Sehrbrock auf der Pressekonferenz
„Gipfel-Bilanz: Was ist aus den Versprechen des Dresdner
Bildungsgipfels geworden?“ am 8. Juni 2010**

Es gilt das gesprochene Wort!

Sehr geehrte Damen und Herren,

vor mehr als einem Jahr – im Oktober 2008 - rief Angela Merkel beim Dresdner Bildungsgipfel die „Bildungsrepublik Deutschland“ aus. Es sei das zentrale Versprechen unserer Gesellschaft, jeden Menschen zu integrieren. Eine gute Bildung für alle Menschen sei hierfür Grundvoraussetzung, sagte die Bundeskanzlerin.

Bund und Länder haben damals in Dresden – wenn auch mühevoll - konkrete Zielvorgaben vereinbart:

- Die Ausgaben für Bildung und Forschung sollen bis zum Jahr 2015 auf zehn Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) steigen.
- Die Zahl der Schulabbrecher soll halbiert werden.
- Auch die Quote der jungen Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung soll um die Hälfte reduziert werden.
- Mehr Menschen sollen ein Studium aufnehmen und sich weiterbilden.
- Für 35 Prozent der Kinder, die jünger als drei Jahre sind, müsse ein Krippenplatz bereit stehen. Damit soll der Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz abgesichert sein.

Das sind wichtige Ziele. Die Messlatte liegt hoch. Die Gewerkschaften haben immer betont, dass wir Bund und Länder am Erreichen dieser Ziele messen werden. In genau zwei Tagen – am 10. Juni 2010 – trifft sich die Bundeskanzlerin Angela Merkel mit den Ministerpräsidenten zum Bildungsgipfel III. Wir haben deshalb den Essener Bildungsforscher Professor Klaus Klemm gebeten, eine Bilanz der ersten anderthalb Jahre zu ziehen. Was ist aus den Versprechen des Dresdner Bildungsgipfels geworden?



Herausgeber:
DGB-Bundesvorstand
Bereich Bildung, Qualifizierung,
Forschung

Verantwortlich:
Ingrid Sehrbrock

Henriette-Herz-Platz 2
10178 Berlin
Postanschrift:
Postfach 11 03 72
10833 Berlin

Telefon 030 - 240 60 - 297
Telefax 030 - 240 60 - 410
e-mail
matthias.anbuhl@dgb.de

Klaus Klemm wird ihnen seine Studie gleich im Detail vorstellen. Es ist richtig, diese Ziele sollen erst ab 2013 bzw. 2015 erreicht sein, doch die Weichen werden bereits heute gestellt. Und die ersten Erfolge müssen jetzt sichtbar sein. Doch die Bilanz fällt ernüchternd aus:

Ich möchte das anhand von fünf Punkten darstellen:

- **Bildungsfinanzierung:** Es war überfällig, dass Bund und Länder beim Dresdner Bildungsgipfel verabredet haben, die Investitionen für Bildung und Forschung auf 10 Prozent des Bruttoinlandsprodukts anzuheben. Das wäre eine echte Trendwende. Der Anteil der Bildungsausgaben am BIP ist zwischen 1995 und 2007 von 8,8 auf 8,4 Prozent gesunken. Dieser Trend zeigt, dass Kürzungen im Bildungswesen auch in den vergangenen Jahren kein Tabu waren. Nach den Berechnungen Klaus Klemms müssten mehr als 40 Milliarden Euro zusätzlich in das deutsche Bildungswesen fließen.

Doch die Regierungschefs setzten auf kreative Buchhaltung. Sie verbuchten ganz neue Posten im Bildungsbudget. Die Pensionen für Lehrer und Professoren, die Sanierung von Gebäuden. Über Nacht hat sich der Investitionsbedarf im Bildungswesen in Deutschland mehr als halbiert. Sprachen die Regierungschefs beim Bildungsgipfel I noch von 30 Milliarden, reden sie nach dem Bildungsgipfel II nur noch von zusätzlichen 13 Milliarden Euro. Nun wollen die Bundesländer noch die Zielmarke des Jahres 2015 verschieben. Bund und Länder rücken von Gipfel zu Gipfel immer mehr von ihren Bildungszielen ab. Die Ansage der Kanzlerin war klar: Keine Sparmaßnahmen bei der Bildung.

- **Krippenausbau:** Damit die 35-Prozent-Quote für Kinder, die jünger als drei Jahre sind, bis zum Jahr 2013 erreicht wird, müssen noch 320.000 Plätze eingerichtet werden. Bei der derzeitigen Ausbaudynamik wird bis 2013 lediglich eine Quote von 30 Prozent erreicht. Das Deutsche Jugend Institut (DJI) geht von einem Bedarf von weit mehr als 40 Prozent aus, wenn der Rechtsanspruch tatsächlich abgesichert werden soll.
- **Schulabbrecher:** Die Halbierung der Zahl der jungen Menschen ohne Hauptschulabschluss ist sicher das schwierigste zu erreichende Ziel. Ein besonders Problem sind die Förderschulen. Hier erreichen aber rund 77 Prozent der Jugendlichen keinen Hauptschulabschluss. Letztlich kommt aus diesen Schulen mehr als die Hälfte der Schulabbrecher. Um die Zahl der Abbrecher zu halbieren, müssten die Länder folglich gerade bei den Förderschulen ansetzen. Dies ist aber bisher nicht der Fall.
- **Junge Menschen ohne abgeschlossene Ausbildung:** Im Jahr 2007 verfügten 1,5 Millionen Menschen im Alter von 20 bis 29 Jahren nicht über einen Berufsabschluss. Das sind 15,2 Prozent dieser Altersgruppe. Auch hier ist nicht erkennbar, wie eine Besserung erreicht werden soll. Allein im Ausbildungsjahr 2009 haben mehr als 80.000 - von der Bundesagentur für Arbeit als ausbildungsreif deklarierte Bewerberinnen und Bewerber - keinen Ausbildungsplatz gefunden. Dies entspricht einer Quote von mehr als 15 Prozent. Nicht eingerechnet sind dabei die von der BA als nicht-ausbildungsreif eingestuften jungen Menschen. Der Rückgang der Zahl der Bewerber wird auf mittlere Sicht den Markt entlasten. Aber ohne begleitende Maßnahmen werden wir gerade jungen Menschen mit schlechten Startchancen nicht helfen können. Berufseinstiegsbegleiter und die so genannte Bildungsketten weisen den Weg. Der Ausbau von ausbildungsbegleitenden Hilfen gehört dazu.
- **Studienanfänger:** Hier die gute Nachricht. Die anvisierte Quote von 40 Prozent wurde mit 43 Prozent bereits mehr als erfüllt. Klaus Klemm weist aber auf die Unterfinanzierung des Hochschulpakts hin.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

sie sehen: Vier von fünf zentrale Versprechen des Bildungsgipfels konnten Bund und Länder bisher nicht halten. Kurzum: Der Weg in die Bildungsrepublik Deutschland ist noch sehr weit!

Mehr noch: Angesichts der Krise holen immer mehr Ministerpräsidenten den Rotstift heraus – auch bei Kindergärten, Schulen und Hochschulen:

- Der Bundesrat stoppte die längst überfällige BAföG-Erhöhung.
- Hessen hat seinen Schulen und Hochschulen ein Millionen schweres Sparprogramm verordnet.
- Schleswig-Holstein kürzt massiv an den Hochschulen und führt die Gebühren für das letzte Kita-Jahr wieder ein.
- Die schwarz-grüne Koalition hat in Hamburg – über politische Lagergrenzen hinweg – eine massive Erhöhung der Kindergarten-Gebühren beschlossen.

All diese Entwicklungen zeigen: Wenn es um die dringend nötigen Investitionen in die Bildungsinfrastruktur geht, wollen sich viele Bundesländer klammheimlich von ihren Verpflichtungen verabschieden. Die Schuldenbremse wird diesen Trend noch verschärfen. Der Bildungsrepublik Deutschland wird zur Fata Morgana.

Und gerade deshalb wäre es falsch, den Bundesländern schlicht und einfach Umsatzsteuerpunkte zu überlassen. Die Länder haben sich in den vergangenen zwei Jahren nicht gerade sehr vertragstreu verhalten – unsere Bildungsgipfel-Bilanz zeigt das. Deshalb, so fürchte ich, würden die Milliarden aus der Umsatzsteuer schlicht und einfach in den allgemeinen Länderhaushalten versickern. Wir brauchen verbindliche gemeinsame Bildungsprojekte von Bund und Ländern. Das Kooperationsverbot im Grundgesetz nach Artikel 104 b muss deshalb gestrichen werden.

Nach unseren Informationen wollen die Bundesländer zudem die gesamten Vereinbarungen des Bildungsgipfels unter einen Finanzierungsvorbehalt stellen. Damit wäre die Bildungsrepublik eine schöne Idee gewesen, aber es würde sich nichts verbessern.

Leider lassen Bund und Länder weiterhin viele Frage offen: Wie viele Milliarden sollen in unser Bildungswesen fließen? Welche Summe trägt der Bund, welche Kosten tragen die Länder? In welche Bereiche unseres Bildungswesens sollen die zusätzlichen Mittel fließen?

Kurzum: Bund und Länder müssen endlich einen konkreten und verbindlichen Plan zur Umsetzung der Bildungsgipfel-Ziele vereinbaren.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

dies ist aus Sicht des DGB der falsche Weg. Wenn Deutschland gestärkt aus der Krise kommen will, geht das nur über innovative Betriebe, lebensbegleitendes Lernen und gut ausgebildete Fachkräfte. Ein hervorragendes Bildungswesen ist das Fundament einer zukunftsfähigen Gesellschaft.

Kürzungen im Bildungswesen werden auch die öffentlichen Haushalte nicht nachhaltig sanieren. So hat nicht zuletzt die Bertelsmann-Stiftung – der Gewerkschaftsnähe unverdächtig – jüngst errechnet, dass jeder Euro der in gute frühkindliche Bildung investiert wird, später ei-

nen Ertrag von vier Euro gibt. Kluge Investitionen in unser Bildungswesen sind auch ein nachhaltiger Beitrag zur Haushaltskonsolidierung.

Sehr geehrte Damen und Herren,

für den Bildungsgipfel III am 10. Juni 2010 möchte ich Bund und Ländern **fünf** konkrete Initiativen empfehlen:

1. **Den Krippenausbau absichern:** Bis zum Jahr 2013 soll es für jedes Kind, das jünger als drei Jahre ist, einen einklagbaren Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz geben. Das wäre ein echter bildungspolitischer Aufbruch. Nahezu alle Bildungsforscher weisen darauf hin, dass gerade in diesem Alter der Grundstein für eine erfolgreiche Bildungsbiographie gelegt wird. Hier muss der Bund bei den Investitionen nachlegen.
2. **Ein weiteres Ganztagschulprogramm:** Mit rund 2 Milliarden Euro könnte an jeder Schule in Deutschland ein zusätzlicher Sozialarbeiter eingestellt werden. Wenn man die Stellen an Schulen in sozialen Brennpunkten konzentriert, ließe sich so ein echtes Programm für mehr Chancengleichheit auflegen. Übrigens: Wir sind der Überzeugung, dass der Bund bei den Sozialarbeitern durchaus auch nach der Föderalismus-Reform Finanzhilfen geben darf. Er hat für die Jugendhilfe nach dem Kinder- und Jugendhilfegesetz (SGB 8) noch immer die Zuständigkeit. Grundsätzlich müssen wir die Auslese der Kinder Förderschulen überwinden.
3. **Eine starke staatliche Studienfinanzierung:** Mit einer halben Milliarde Euro lässt sich der Ausbau einer starken Studienfinanzierung sichern. Das BAföG ist dabei das zentrale Instrument, um mehr jungen Menschen aus einkommensschwachen Familien ein Studium zu ermöglichen. Mit einer Aufhebung der Altersgrenze könnten künftig mehr Studierende BAföG beziehen. Zudem ließe sich mit diesen Mitteln eine Anpassung der BAföG-Sätze an die Lebenshaltungskosten bezahlen. Deshalb erwarte ich von den Ministerpräsidenten, dass sie ihre BAföG-Blockade im Bundesrat endlich beenden.
4. **Einen Hochschulpakt III:** Es ist gut, dass die Bundesregierung nach dem nationalen Bologna-Gipfel einen Qualitätspakt für Lehre auflegen will. Nicht zuletzt der Wissenschaftsrat hatte im Jahr 2008 die Unterbewertung der Lehre an den Hochschulen scharf kritisiert. Die Mittel für eine gute Lehre dürfen jedoch nicht als Wettbewerb vergeben werden. Wir brauchen eine bessere Grundfinanzierung unserer Hochschulen. Notwendig sind mindestens 1,1 Milliarden Euro pro Jahr – wie es der Wissenschaftsrat bereits gefordert hat.
5. **Bildungsgebühren abschaffen:** Wer Facharbeitern und Kleinverdienern mehr Bildung ermöglichen will, sollte Bildungsgebühren vom Kindergarten bis zur Hochschule abschaffen. Der Ansturm deutscher Studierender auf Österreich, das gerade seine Studiengebühren gestrichen hat, zeigt, wie abschreckend Gebühren wirken. Die Abschaffung von Kita-Gebühren kann der Bund mit rund 1,97 Milliarden Euro im Jahr finanzieren.

Sehr geehrte Damen und Herren,

natürlich müssen Investitionen in unser Bildungswesen effizient sein. Natürlich gibt es auch Spielraum zur Umverteilung im Bildungssystem. Ich möchte auch hier vier konkrete Vorschläge nennen:

- **Exzellenzinitiative:** Warum finanziert der Staat mit Milliarden handverlesene Exzellenz-Universitäten, während in den Hörsälen der Putz von den Wänden bröckelt, Studierende wie bei einer Tombola aus den Seminaren gelost werden und viele Hochschulen junge Menschen mit lokalen NCs vom Studium ausgrenzen? Die Gewerkschaften wollen keine Leuchttürme in der Wüste. Wir wollen flächendeckend gute und gut ausgestattete Hochschulen. Wir schlagen deshalb vor, dass die Mittel für die Exzellenzinitiative künftig in den Hochschulpakt für gute Lehre fließen können.
- **Stipendienprogramm:** Stipendien können das BAföG allenfalls ergänzen. Das Nationale Stipendienprogramm ist mit 300 Millionen Euro deutlich zu groß geraten. Diese Mittel sollen ins BAföG fließen.
- **Betreuungsgeld:** Es wäre schon ein echter Systembruch, wenn Elter subventioniert werden, die ihre Kinder **nicht** in staatliche Bildungseinrichtungen schicken. Die 1,5 Milliarden Euro, die ab 2013 für das Betreuungsgeld vorgesehen sind, sollten lieber genutzt werden, um den Krippenausbau abzusichern.
- **Steuerliche Absetzbarkeit von privatem Schulgeld:** Ist es in Ordnung, wenn Eltern immer mehr Geld für Schulbücher, Klassenfahrten und Nachhilfe aus der eigenen Tasche bezahlen müssen - und gleichzeitig wohlhabende Eltern das Schulgeld für Privatschulen bis zu 5.000 Euro einfach von der Steuer absetzen können? Ich denke, wir sollten dieses Steuerprivileg streichen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren.

wenn es um Einsparungen in den öffentlichen Haushalten geht, wird gerne und oft die „schwäbische Hausfrau“ zitiert. Was macht die schwäbische Hausfrau eigentlich, wenn das Geld knapp wird und die Familie die Miete nicht mehr zahlen kann? Sie schaut, dass die Einnahmen stimmen. Sie lässt ihren Mann Überstunden machen – und geht selbst jobben. Keinesfalls aber würde sie an den wichtigsten Ausgaben sparen. Deshalb fordert auch der DGB in der Krise, die Einnahmen zu erhöhen – durch die Finanztransaktionssteuer, durch die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Anhebung der Erbschaftssteuer. Keinesfalls aber sollte der Rotstift bei Kitas, Schulen und Hochschulen angesetzt werden.

Die Menschen haben übrigens ein feines Gespür dafür: Im jüngsten Politbarometer der Forschungsgruppe Wahlen wurden die Menschen gefragt, an welchen Stellen gespart werden sollte. Die Antwort war eindeutig: 95 Prozent sprachen sich gegen Kürzungen im Bildungswesen aus.

Dumm, aber schuldenfrei – das ist eben keine Perspektive für unsere Gesellschaft!

Vielen Dank

